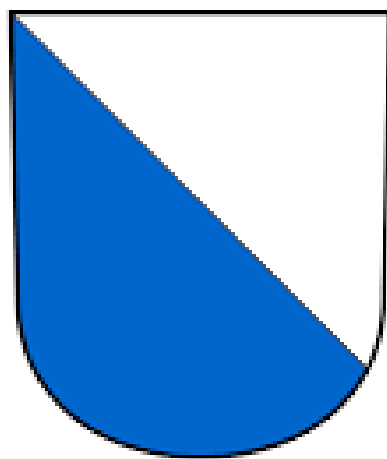


**Berichte aus
Stadt
und
Kanton Zürich**



2. Hälfte Monat Mai 2021

17.Mai

Gegen 500 Personen solidarisierten sich am vergangenen Samstag mit Palästina. Sie versammelten sich auf der Rathausbrücke. Alle Teilnehmenden trugen Maske, die Maximalzahl von 100 Personen wurde aber klar überschritten. Mehrmals riefen die Veranstaltenden dazu auf, Abstand zu anderen Personen zu halten. Nach etwa einer Stunde wurde die Demonstration aufgelöst.

18. Mai

Wie zu erwarten war. Der Zürcher SP-Regierungsrat Mario Fehr tritt offen für ein Ja zum Anti-£Terror-Gesetz am 13. Juni ein. Zusammen mit der Freisinnigen Bundesrathardlinerin verteidigt er das Gesetz gegen die Kritik seiner Partei.

Der Grüne Regierungsrat Martin Neukomm präsentiert seine Ideen für eine Revision des Baugesetzes im Bereiche Begrünung. Bäume sollen im Sommer kühlen. Deshalb sollen in Zukunft Bäume nur 2 Meter statt den heutigen 8 Meter Abstand zum Grundstück des Nachbarn gepflanzt werden können. Zur Strasse hin braucht es überhaupt keinen Abstand mehr. Grundstücke sollen nicht mehr vollständig unterkellert werden können, damit das Regenwasser gut versickern kann und auch Bäume mit tief reichenden Wurzeln gepflanzt werden können. Diese Vorschläge sollen mit Kann-Formulierungen umgesetzt werden, was den Gemeinden erlauben würde, solche Vorschriften verbindlich zu erlassen. Natürlich ist der Hauseigentümerverband gegen diese Ideen. Nachbargrundstücke würden übermässig beschattet, aber natürlich stört er sich am Verbot einer gänzlichen Unterkellerung – es könnten dann weniger Parkplätze gebaut werden. Wir werden von diesen Ideen noch hören.

Das bereits erwähnte, neue Spitalgesetz wird im Kantonsrat während 7 Stunden diskutiert, aber noch nicht zu Ende beraten. Einen Lohndeckel für die Götter in Weiss (die Linke wollte diesen bei 7500'00.00 Jahreseinkommen) soll es nicht geben. Für die Rechten könnte dies zu tief sein! Allerdings sollen diese fürstlichen Gagen nicht mehr so stark vom erzielten Umsatz abhängen, da so auch Operationen ausgeführt werden, die eigentlich nicht notwendig gewesen wären. Damit war man bei der Ökonomisierung des Gesundheitswesens. Die Bürgerlichen möchten mehr Wettbewerb zwischen den Spitälern und glaubten, dadurch die Qualität des Gesundheitswesens zu erhöhen. Die Linke warnte vor einer Überversorgung: «Man kann nur rentabel wirtschaften, wenn man einen Wachstumskurs verfolgt. Aber: Fast jedes vierte Spitalbett steht heute leer.» Umstritten war auch der Mindestanteil an allgemeinversicherten Patient*innen bei den Spitälern mit Leistungsauftrag (Lex Hirslanden!). Die Linke forderte 60%, die Rechte wollte gar nichts festlegen und siegte damit. Die vorberatende Kommission hat sich noch für einen obligatorischen Gesamtarbeitsvertrag für das Personal ausgesprochen, der Rat hat dies jetzt abgelehnt. Geplant waren auch obligatorische Fallzahlen pro Spital für bestimmte Leistungsbereiche, der Rat hat dies jetzt verworfen. Die Diskussion wird an der nächsten Sitzung weitergeführt.

In Neerach lässt sich gut leben. Der Steuerfuss gehört mit seinen 87,65% zu den tiefsten im Kanton und auch beim Ausländeranteil ist mit 13% sehr tief. Dieses Idyll will man sich mit Einbürgerungen nicht beschädigen lassen. Deshalb ist man bei den Einbürgerungen reaktionär. An der Gemeindeversammlung sollte ein Kandidat eingebürgert werden. Da meinte aber Einer, der Kandidat sei ein «unangenehmer Nachbar». Ein anderer meinte, der Kandidat sei nicht integriert und dies nach 17 Jahren Wohnsitz in der Gemeinde und nach bestandenem Examen über die Zustände in der Schweiz. Ein weiterer Vorwurf: Der Kandidat soll in der Nachbarschaft nicht gegrüsst haben. Gegen den Antrag des Gemeinderates lehnte die Gemeindeversammlung die Einbürgerung ab. Jetzt hat das Verwaltungsgericht auf Grund eines Rekurses des Kandidaten diese Verweigerung aufgehoben und dem Kandidaten eine Entschädigung zugesprochen

19. Mai

Der Bahnhof Wiedikon wird saniert. Gleichzeitig wird das alte Viadukt erneuert und deshalb die Bahnstrecke Zürich-HB und Wipkingen während eines Jahres gesperrt. Die S24 Wipkingen-Oerlikon wird während des Umbaus weiterhin verkehren.

20. Mai

Was in den Kantonen Basel-Stadt, Schwyz, Neuenburg und Jura bereits existiert, soll auch in der Stadt Zürich wenigstens teilweise möglich sein. Polizist*innen mit ausländischem Pass soll es in Zürich zwar auch weiterhin nicht geben, aber wenigstens sollen Ausländer*innen mit Niederlassung C die Ausbildung zur Polizeibeamt*in absolvieren dürfen. Vor einer Festanstellung müssten sie sich dann allerdings einbürgern lassen. Der Gemeinderat wird demnächst über diese Idee befinden. Nicht nur im Polizeikorps, nein auch bei der SVP regt sich Widerstand gegen dieses Projekt. Die SVP meint denn auch, dies sei ein weiterer Schritt, «um den Stellenwert der Schweizer Staatsbürgerschaft auszuhöhlen». Dem Projekt erwächst aber auch dem Kantonsrat Widerstand, haben dort doch SVP, FDP und EVP eine parlamentarische Initiative eingereicht, die den Gemeinden genau dies verbieten will.

Von der Justizposse um verletzte Urheberrechte wurde berichtet. Die Einzelrichterin am Bezirksgericht Zürich hat die Klage jetzt abgewiesen. Ob das Urteil ans Obergericht weitergezogen wird, steht noch nicht fest.

Zürich hat einen neuen Gemeinderatspräsidenten, Mischa Schiow von der Alternativen Liste. In der Presse wird er porträtiert, natürlich auf Grund von ihm gelieferten Informationen. Da kann man beispielsweise lesen, dass er damals (1980) beim Autonomen Jugendzentrum (AJZ) mit dabei war. Von seiner langjährigen Mitgliedschaft bei unserer Partei, der PdA, findet sich nirgendwo ein Wort! Wahrscheinlich hat es dies verdrängt. An derselben Gemeinderatssitzung, bei der Schiow gewählt wurde, mussten auch die drei Ratssekretäre bestätigt werden. Eine Bestätigung wurde dem SVP-Provokateur Derek Richter verweigert. £Dieser hatte eine grüne Ratskollegin bei der KESP angezeigt, da diese öffentlich berichtet hatte, ihre minderjährige Tochter sei am Klimacamp auf dem Bundesplatz verhaftet worden. Solch ein SVP-Individuum wollte die links-grüne Ratsmehrheit nicht wählen. Die FDP sprach von «Arroganz der Macht», die SVP von «deplatziertem Racheakt»

21. Mai

Jetzt hat auch die FDP ihre zusätzliche, dritte Kandidatur für den Stadtrat, es ist die Kantonsrätin Sonja Rueff-Frenkel. Die linke Stadtratsmehrheit soll geknackt werden. Mal sehen, was noch alles kommt.

22. Mai

Über 250 Klimaaktivist*innen nahmen am 20. Juni 2020 an einer Demonstration der Bewegung Extinction Rebellion auf der Quaibrücke teil. Sie setzten sich auf die Fahrbahn und wurden von Polizist*innen weggetragen. Dabei soll eine 19-jährige Jus-Studentin einen Polizisten in die Hand gebissen haben. Des halb fand jetzt vor einem Einzelrichter des Bezirksgerichtes Zürich eine Gerichtsverhandlung statt. Der Staatsanwalt beantragt eine bedingte Geldstrafe von 100 Tagessätzen à Fr. 20.00 wegen Drohung gegen Beamte, Nötigung und Störung von Betrieben, die der Allgemeinheit dienen. Die Verteidigerin stellte fest, dass die Demonstrierenden den Öffentlichen Verkehr gar nicht behindert hätten. Erst die Polizei habe den Trambetrieb gesperrt. Das behauptete Beissen eines Polizisten sei unbelegt und die Anwältin argumentierte mit der Europäischen Menschenrechtskonvention, die feststellt, dass das fundamentale Recht in einer Demokratie, zu demonstrieren, höher wiege. Den Demonstrierenden sei es nicht darum gegangen, den Verkehr zu

blockieren, sondern an andere Menschen zu appellieren und sie wachzurütteln, sich der Klimakatastrophe bewusst zu werden. Der Richter erklärte, er sei sich bewusst, dass sein Urteil eine grosse Tragweite habe im Hinblick darauf, was in Zürich in Zukunft passiere. Das Urteil soll erst im August eröffnet werden.

Am Freitagabend demonstrierten in Zürich mehrere Tausend Personen im Rahmen des «Strike for Future», darunter auch eine Gruppe von PdA-Mitgliedern, die von weit her ausgemacht werden konnte, da ihre 3 Fahnen fröhlich im Winde flatterten.

Der 55-jährige Spitzenforscher und Nobelpreisträger für Physik konnte für die ETH Zürich gewonnen werden, wo er ein neues interdisziplinäres Zentrum zur Erforschung der Entstehung des Lebens im Universum mit aufbauen wird.

25. Mai

Zwar wurde der heilige Geist ja am vergangenen Wochenende wieder einmal über die Welt ausgegossen, aber die Stadtbehörden von Zürich wurden von diesem nicht heimgesucht. Wieder einmal muss man lesen, dass Armutsbetroffene stundenlang anstehen, um ein warmes Essen zu bekommen. Über 300 Essen werden jeweils im Rücken der Luxusmeile Europaallee, direkt an den Gleisen der SBB, ausgegeben, und zwar von kirchlichen Kreisen, nicht vom Sozialamt der Stadt Zürich, wie dies eigentlich zu erwarten wäre. Es gab ja einmal eine Stadtküche, die 1879 als städtische Volksküche für die «Armenspeisung» gegründet wurde, aber die hat man ja bekanntlich im Jahre 2010 privatisiert. Sie nennt sich heute «Menu and More AG» und gehört zu 80 % einer privaten Firma. Eine «Armenspeisung» liegt da natürlich nicht mehr drin!

26. Mai

Der Stadthalter, als Rekursinstanz gegen Entscheide des Stadtrates, hat den Entscheide des Stadtrates aufgehoben, mit dem der «Marsch fürs Läbe» der Abtreibungsgegner verboten worden war. Der «Marsch» wird also stattfinden, der Stadtrat darf aber bei der Wahl der Route mitreden.

Walter Angst heisst der Stadtratskandidat der Alternativen Liste AL. Der Kandidat ist Sprecher des Mieter*innenverbandes Zürich und ehemaliger politischer Sekretär der PdA, sowie ehemaliger Redaktor des Vorwärts. Interessant, dass es Walter Angst, wie auch Mischa Schiwow, gelungen ist, in den Portraits in den Tageszeitungen ihre PdA-Vergangenheit zu verschweigen. Walter Angst wird in der NZZ nur als Koordinator der Proteste gegen das WEF in Davos und als Sprecher des 1.Mai-Komitees vorgestellt.

27. Mai 2021

Kevin G., ein führender Neo-Nazi, ist erneut zu 3 Monaten Gefängnis unbedingt verurteilt, dies als Zusatzstrafe zu einem Urteil vom Februar 2019. Das Obergericht hatte Kevin G. damals zu einer unbedingten Freiheitsstrafe von 12 Monaten verurteilt. Die neuerliche Strafe wird ausgelöst durch die Lieder, die der Beschuldigte mit seiner Band produzierte. Sie tragen die Titel «Mordkommando-Bomben auf Zürich Wiedikon Kosher-City» und «Mordkommando Herbert Winter» Herbert Winter ist ehemaliger Präsident des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes. Diese Liedertitel sprechen für sich.

Im Gemeinderat gab es gestern den erwarteten Schlagabtausch zwischen Befürworter*innen und Gegner*innen von Bodycams. Meinet die Ratsrechte, es gehe darum, Verantwortung für unsere Polizisten zu übernehmen, so argumentierten die Grünen mit der Feststellung, man wolle klein Experiment auf Kosten der Grundrechte. Die Abstimmung findet in 3 bis 4 Wochen statt.

Die Polybahn, die zwischen Zentral und der ETH verkehrt, wird umfassend saniert und bleibt bis September eingestellt.

Obschon der Zoo im letzten Jahre Corona bedingt während 94 Tagen schliessen musste, empfing er trotzdem 1,1 Millionen Besucher*innen und schliesst finanziell mit einer schwarzen Null ab.

28. Mai

Auch in diesem Jahr findet keine Street Parade statt. Ein Sicherheitskonzept mit Masken- oder Impfpflicht und der Abstandsregel sei bei diesem Anlass unmöglich, teilen die Veranstalter*innen mit.

In einem ganzseitigen Gespräch in der NZZ äussert sich der Kommandant der Stadtpolizei Zürich zu verschiedenen Themen. Nach den Erfolgen der Frauenförderung auf Kaderstufe gefragt, spricht er von vielen Leuten mit Migrationshintergrund im Korps und von der Diversität der sexuellen Ausrichtung seiner Leute. Das Drittelziel beim Frauenanteil ist noch nicht erreicht, der Anteil liegt bei knapp 20%. Die Überwachungskameras am Utoquai, die ja eigentlich schon Anfangs April hätten abgebaut werden sollen und dann bis Ende April hätten verschwinden sollen, bleiben, gemäss dem Kommandanten noch länger bestehen. Er legt sich nicht auf ein definitives Abbaudatum fest. Die Kameras seine in Zürich - leider – ein rotes Tuch. Auch alkoholfreie Zonen, die er einmal angeregt hat, würden leider nicht realisiert, seine Chefin, die Stadträtin, habe sich dagegen entschieden. Werde ein Polizist von einer Frau angegriffen, so seine sogenannte «Ablenkungsschläge» auf den Kopf erlaubt, wie dies am internationalen Frauentag beobachtet werden konnte. Er habe aber entschieden, dass dies in Zukunft nur noch in Notwehrsituationen zulässig sei. Schliesslich verteidigte er auch noch die unterdessen abgeschaffte Grenze von 15 Teilnehmenden bei Demonstrationen.

29. Mai

Wer in einer privaten Facebook-Gruppe zu Gewalt gegen Behörden und Magistratspersonen aufruft und Hasskommentare postet, kann, wenn er oder sie eruiert werden kann, bestraft werden. So ist es einem 28-Jährigen ergangen, der per Strafbefehl der Staatsanwaltschaft zu einer bedingten Geldstrafe von 90 Tagessätzen à Fr. 100.00 und zu 2000 Franken Busse verurteilt worden ist. Dazu kommen Gerichtskosten von Fr. 8000.00.

Die Zürcher Kantonalbank ZKB schliesst ihr Filialen in Urdorf, Rümlang, Seebach, Seuzach und Winterthur-Seen. Mitarbeitende werden keine entlassen, sondern anderswo im Unternehmen weiter beschäftigt. Gleichzeitig wird versuchsweise in Stettbach eine Filiale mit Caféangebot eröffnet.

Gemäss der Stadtpolizei nahmen gegen 10'000 Teilnehmende an der Velodemo vom Freitag Abend teil. Der Umzug hatte eine Länge von etwa 4 Kilometern und legte den Tram- und Autoverkehr zum Teil während längerer Zeit lahm, was zu Missmut unter gewissen Automobilist*innen führte. Dafür war die Stimmung unter den Teilnehmenden gut und fröhlich.

Die Leidensgeschichte von durchgehenden Seeuferwegen um unsere Seen wird durch ein neues Kapitel ergänzt. Der Verein «Ja zum Seeufer» lanciert eine neue, kantonale Volksinitiative, die die Ufer der Gewässer besser zugänglich machen und ökologisch aufwerten will.

31. Mai

Die Velodemo vom Freitag hat offenbar ein Nachspiel An der Frage, ob eine solche Demo eine Bewilligung brauche, scheiden sich die Geister. Bürgerliche Politiker sind natürlich dieser Meinung. Ein SVP-Gemeinderat meint, mit einer Velodemo den Verkehr lahmzulegen, sei eine strafbare Aktion. Ob wohl die Lahmlegung des Verkehrs durch stehende Autos ebenfalls eine Straftat wäre, hat er nicht mitgeteilt. Die Stadt will mit Exponenten der Velobewegung zusammensitzen und wenigstens

eine Vorankündigung einer solchen Velotour erreichen, damit, wie etwa bei der Street Parade, die Öffentlichkeit über die Staugefahr vorinformiert werden kann.